Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 7. Juli 1921 · Nummer 312 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Brüder Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der neue Kriegsverbrecher-Prozeß

Die nächsten Verhandlungen

Die nächsten Kriegsbeschuldigtenprozesse, die vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen, sind folgende: Am Donnerstag, den 7. Juli, steht zur Verhandlung der Prozeß gegen den Oberleutnant a. D. Adolf Laule aus Charlottenburg. Es handelt sich hierbei um ähnliche Vorgänge wie in dem Prozeß gegen den Generalleutnant Stenger und Major Crusius. Es sind 17 deutsche Zeugen und 2 Aerzte aus dem Elsaß geladen. Am 8. Juli wird gegen den Generalleutnant a. D. Hans von Schack und General Bruno Kruska verhandelt, die verantwortlich gemacht werden für eine Typhus-Epidemie, die im Gefangenenlager Niederzwehren bei Kassel ausgebrochen ist, und zwar angeblich wegen Vernachlässigung von Einrichtungen des Lagers und ungenügender Aufsichtsführung. Für diesen Prozeß sind elf deutsche und zehn ausländische Zeugen sowie verschiedene Sachverständige geladen. Für den 12. Juli ist Termin gegen Oberleutnant zur See Ludwig Dittmar und den Oberleunant zur See a. D. John Bold angesetzt.

*

Leipzig, 7. Juli.

Das Reichsgericht verhandelt heute den 7. Kriegsprozeß, der in gewissem Zusammenhange mit dem soeben beendeten Prozeß Stenger-Crusius steht. Angeklagt ist der Oberleutnant **Adolf Laule** aus Charlottenburg, der von dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Pohl verteidigt wird. Die Anklage vertritt der Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer. Erschienen sind neun deutsche und vier ausländische Zeugen. Der Angeklagte Laule ist jetzt Oberleutnant im Reichswehrministerium. Die Auslieferungsliste wirft ihm vor, im August 1914 in dem Dorfe Hessen bei Saarburg den französischen Kapitän Migat vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben, nachdem ihm die Achselstücke heruntergerissen worden waren.

Die Angeklagte schildert die aus dem vorigen Prozeß bekannten Vorgänge in der **Schlacht bei Saarburg.** Laule machte mit seiner Kompagnie einen Gegenstoß, von dem er viele französische Verwundete zurückbrachte, denen nicht ein Haar gekrümmt wurde. Am nächsten Morgen beschoß eine französische Batterie die Kompagnie, als sie sich dem Dorfe Hessen näherte. Die Leute kletterten über Gärten und Zäune und verteilten sich über die Häuser. Der Angeklagte ging die Nordsüdseite mit 2 Ordonanzen entlang. Die Franzosen warfen die Waffen fort. An einem Brunnen stand ein französischer Offizier, auf den Oberleutnant Laule zuging, indem er ihm zurief, er sei sein Gefangener und solle die Waffen abgeben. Der Kapitän lehnte das ab. Der Angeklagte wollte dem Franzosen nun das Koppel mit Gewalt abnehmen, der Kapitän schlug ihn aber mit der Faust derart, daß er zur Seite taumelte.

Inzwischen waren mehrere Leute der Kompagnie hinzugekommen, und es ertönten Rufe: „Schießt ihn über den Haufen!" Der Angeklagte widersprach dem, befahl aber seinen Leuten, den Offizier festzunehmen und ihm die Waffen abzunehmen. Der Kapitän schlug darauf einem Soldaten ins Gesicht, worauf dieser **den Franzosen niederschoß.** Einen Befehl hierzu gegeben zu haben, bestreitet der Angeklagte auf das bestimmteste. Von dem angeblichen Befehl des Generals Stenger hat der Angeklagte damals nichts gewußt, sondern erst im Oktober davon gehört. Der Angeklagte bestreitet ganz entschieden, dem Kapitän selbst die Achselstücke heruntergerissen zu haben. Er hat auch seine Leute nicht dazu aufgefordert. Ganz ausgeschlossen sei es, daß, wie behauptet wird, geradezu eine Salve auf den französischen Offizier abgegeben worden sei. Eine Meldung über den Vorfall hat der Angeklagte nicht erstattet.

Zum Freispruch General Stengers

EE. **Paris**, 7. Juli.

Zu dem Freispruch des Generals Stenger macht heute morgen nur der „Matin" eine kurze Bemerkung, indem er erklärt, dieser Freispruch werde durch die Verurteilung eines Untergebenen noch skandalöser und werde nicht verfehlen, **in Frankreich ein einziges Gefühl der Entrüstung hervorzurufen.**

Die heutige Reichstagssitzung

Der Reichstag begann heute seine Beratungen bereits um 10 Uhr. Nach der debattelosen Erledigung einiger kleiner Vorlagen forderte Abg. **Kuhnt** (U. S. P. D.) die Rückstellung der Beratung der Errichtung von Betriebsverbänden in der Schiffahrt bis zum Herbst. Gegen die dritte Lesung wurde Einspruch erhoben, so daß die endgültige Verabschiedung erst im Herbst stattfinden kann.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfes über die **anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.** Abg. Karsten (U. S. P. D.) beantragte wiederum Erhöhung der Leistungen. Ein Regierungsvertreter bittet um Ablehnung der Anträge. Karsten wendet sich dagegen und stellt fest, daß Sozialdemokratie und Zentrum hierbei nur die Interessen der Kapitalisten vertreten hatten. Abg. Hoch (Soz.) wiederholt, man erreiche nichts, wenn man nur den Versicherungsträgern neue Lasten auferlege. Man müsse auch die Mittel dafür schaffen. Die versicherten Arbeiter könnten keine Lasten mehr übernehmen. Das Verhalten der Unabhängigen sei demagogisch und nur von agitatorischen Rücksichten geleitet. Darauf erwiderte Abg. Karsten, das Weihnachtsversprechen, das die Mehrheitssozialisten durch den Mund Molkenbuhrs den Invaliden gegeben haben, nach Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage beizutragen, war nur elende Agitationspolitik. Sie (zu den Rechtssozialisten) haben dreihundert Millionen für die Wehrmachtsverordnung, 10 Milliarden für die Reeder übrig, nur für die Invaliden ist angeblich nichts da.

Nach einer weiteren Debatte, in der die bürgerlichen Abgeordneten ihre Haltung rechtfertigen, erwidert Karsten noch einmal und erklärt: Wenn Jesus Christus das sehen würde, was Sie (zu den Rechtssoz.) hier aufessen, dann würde er Sie aus dem Tempel herausjagen. Die christlichen Schwestern sind in größter Not und werden immer nur mit dem Jenseits vertröstet.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage **gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.**

Es folgt sodann die dritte Beratung des Entwurfs des Gesetzes über die **Wochenhilfe und Wochenfürsorge.**

Abg. Frau **Agnes** (U. S. P. D.): Das gestrige Verhalten der Frau Schröder gegen unsere Anträge glich auf ein Haar dem Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie in der Nationalversammlung, wo sie ebenfalls unsere Anträge gemeinsam mit den Bürgerlichen ablehnten. Wir verlangen, daß mindestens 26 Wochen das Stillgeld, und zwar wenigstens 4 M., gezahlt werden muß. Wenn mehr bewilligt wird, wird es uns freuen. Der Arbeitsminister erklärte sein Einverständnis mit unserem Antrag. Er gab ferner zu, daß das Gesetz verbesserungsbedürftig sei und ein anderer Modus geschaffen werden muß. Aber die finanziellen Bedenken seien sehr groß. Es wiederholt sich also auch hier das alte Lied aus dem früheren Deutschland, wo für kulturelle und soziale Aufgaben kein Geld da war, während für die kapitalistischen Kreise immer Millionen vorhanden sind. Wir fordern vom Reichstag, daß das Gesetz bis spätestens 1. Oktober in Kraft tritt.

Frau Schröder (S. P. D.) erwidert, es sei traurig, daß die Rechte wieder einmal den Vorteil ziehen könne aus dem Bruderkampf der Arbeiterparteien. Frau Agnes habe an den Ausschußberatungen überhaupt nicht teilgenommen. Ihre Anträge seien an falscher Stelle gestellt worden.

Die Abg. Frau Wurm (U. S.) stellt darauf fest, daß der Reichswirtschaftsrat in seinen Beschlüssen über die Forderungen des Ausschusses hinausgegangen sei.

Die Abstimmung wird ausgesetzt, da die Anträge noch nicht gedruckt vorliegen.

Der Reichstag beginnt sodann die Beratung der Entschädigungsgesetze.

Bei Redaktionsschluß dauert die Sitzung fort.

Der Beuthener Zwischenfall

Interpellation in der französischen Kammer

E.E. **Paris**, 7. Juli.

Der Kammerausschuß für Aeußeres besprach gestern den Tod des Majors de Montalègre und erinnerte bei dieser Gelegenheit in einer Resolution daran, daß er energischer als jemals den Beschluß aufrechterhalten werde, den er vor einigen Tagen bezüglich der Aufrechterhaltung der Sanktionen und der Regelung der oberschlesischen Frage gefaßt hatte. Andererseits wurde der Kriegsminister vom Armeeausschuß über die Genugtuungen befragt, welche die französische Regierung für den Tod des Majors fordern wolle. Barthou erklärte, daß die Regierung diese Frage noch nicht erwogen habe. Er wolle den Bericht der Interalliierten Kommission in Oberschlesien abwarten.

Beratungen über den Wiederaufbau

Paris, 6. Juli.

Die vereinigten Senatsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen haben heute nachmittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Briand und des Ministers für die befreiten Gebiete Loucheur getagt. Sie berieten nach dem amtlichen Bericht 1. über die Sachleistungen Deutschlands für die befreiten Gebiete, 2. über die Angelegenheiten in der Levante, 3. über die amerikanische Anleihe und endlich 4. über die Banque Industrielle de Chine.

Nach dem Bericht des Ministers Loucheur sind die in Wiesbaden begonnenen und in Paris fortgesetzten Verhandlungen noch nicht in jeder Weise zum Abschluß gelangt. **Es könne nicht die Rede davon sein, daß die Lieferungen jemals bis zu fünf Achteln der Summen, die Deutschland an Frankreich zu zahlen habe, betragen würden.**

Wie die Agence Havas meldet, habe Loucheur in bezug auf die Naturallieferungen durch Deutschland das System auseinandergesetzt, das er anzuwenden gedenke und dessen Durchführung er bei den Verhandlungen in Wiesbaden und Paris versucht habe. Dieses System bestehe im wesentlichen darin, sich so eng wie möglich an die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles zu halten unter Zustimmung und Wahrung der Interessen der Alliierten, aber von Deutschland Reparation in natura zu verlangen, die es vollkommen bereit sei, zu liefern und an deren Lieferung es direkt interessiert sei. Es scheine, daß Minister Rathenau sich vollkommene Rechenschaft von dieser internationalen Notwendigkeit und von diesen deutschen Interessen ablege, die die Regierung von Berlin dazu bringen müsse, für beide Teile vorteilhafte Angebote zu machen. **Minister Loucheur fasse die Schaffung zweier Organisationen, einer deutschen und einer französischen, ins Auge, um jede Lieferung in natura zu reglementieren, die auf keinen Fall ausschließlich gemacht werden könnte, ohne einen Jahreszuschuß an ausländischen Devisen und an Goldmark.**

Der Rundlauf

Von Paul Lange

Auf dem konstituierenden Parteitage der Kommunistischen Partei (31. Dezember 1918) waren Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Paul Levi und andere Vertreter des ehemaligen Spartakusbundes in wichtigen politischen Fragen in der Minderheit geblieben. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus Leninisten, Anarchisten und Syndikalisten. Da diese buntzusammengewürfelte Mehrheit des Kongresses nur eine Zufallsmehrheit war (sie war infolge der ungeregelten Delegationsrechte zustandegekommen), so vermeinten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der neuen Partei trotzdem binnen kurzem ihr Gepräge aufdrücken zu können. Im Herbst 1919 gelang es Paul Levi und Klara Zetkin tatsächlich, die Aufräumungsarbeiten in der Partei soweit zu treiben, daß sich von ihr die Kommunistische Arbeiterpartei absplitterte. Diese Trennung wurde in Moskau, das einen sehr hohen Einfluß auf die deutsche K. P. D. hat, nicht gewünscht. Infolgedessen war der Bruch zwischen K. P. D. und K. A. P. nicht endgültig, was die Moskauer augenfällig zum Ausdruck brachten, indem sie die K. A. P. später als „sympathisierendes Mitglied" in ihre 3. Internationale aufnahmen. Die Entwicklung der kommunistischen Parteiverhältnisse in Deutschland überließ man also nicht den deutschen Proletariern, sondern bestimmte sie von Moskau aus.

Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 machte der Kommunist Max Hölz im sächsischen Erzgebirge und im Vogtland auf eigene Faust Revolution. Die K. P. D. war damals stark genug, sich des Max Hölz zu entledigen. Er wurde auf Betreiben von Heinrich Brandler mit Fünfsechstelmehrheit aus der K. P. D. ausgeschlossen. Brandler berichtete darüber in seiner Broschüre „Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen": Im Vogtlande und im Erzgebirge gedeihe seit Jahrhunderten ein religiöses Sektentum, das quietistisch und pietistisch versumpft sei. In diesem Boden wurzele Max Hölz. Dieser „führte alle die Aktionen, für die er bei den Aktionsausschüssen keine Gegenliebe fand, auf eigene Faust aus", „er brachte durch sein Vorgehen die Arbeiterschaft nicht zu gemeinsamem revolutionären Handeln, sondern erstickte das kümmerliche Erwachen zu eigner Initiative und zu eignem, wenn auch langsamen und bedächtigem Handeln durch seine übereilten Aktionen"; „er nörgelte und polterte wie ein verärgerter Kleinbürger über die Unzulänglichkeit und Schwäche der Arbeiterschaft und deren Aktionsausschüsse, lähmte sie durch sein Aus-der-Reihe-Tanzen, statt sie durch zielklare, besonnene Organisationsarbeit zu gemeinsamer Aktion zusammenzufassen und zu befähigen. Aus diesem Grunde, wegen dieser schädlichen, die Aktion der Arbeiterschaft hemmenden Folgen seiner Tätigkeit wandten wir Kommunisten uns gegen ihn und mußten ihn aus der Partei ausschließen, weil er sich den Parolen und Beschlüssen der Kommunistischen Partei nicht eingliederte und fügte." Eine kommunistische Bezirkskonferenz für das Erzgebirge und das Vogtland lehnte ausdrücklich, den „primitiven Kommunismus, der im Vogtland unter Führung von Hölz sich auftut, als überwundenen, den gegenwärtigen Machtverhältnissen des Kapitalismus nicht entsprechend, ab" und erklärte, „die Taten des Hölz sind nicht eine Folge großer revolutionärer Kraft des vogtländischen und erzgebirgischen Proletariats, sondern im Gegenteil, ein Zeichen der revolutionären Ohnmacht."

Im Sommer und Herbst 1920 verstärkten die Moskauer ihren Einfluß unter den deutschen Kommunisten mit allen Mitteln. Die Moskauer betrieben auch die Spaltung der USP., während manche Leute in der damaligen KPD. mit sehr gemischten Gefühlen dem Zuwachs entgegensahen, der durch die USP.-Spaltung zu ihnen zu kommen drohte — und inzwischen gekommen ist. Denn was damals von der USP. zur KPD. ging, ging zumeist nicht aus verstandesmäßigen Erwägungen, sondern aus blindem Moskauglauben, — eine Stimmung, die sich zum Teil aus den damaligen, die Welt überraschenden militärischen Scheinsiegen der Bolschewisten gegen Polen erklärt. Es war das die Zeit, da bei den Deutschnationalen aus Haß gegen die Entente eine perverse Schwärmerei für die Bolschewisten bemerkbar war. Die kritischen Elemente in der KPD. waren nach der Aufnahme der von der USP. abgesplitterten Teile in die KPD., sowie nach der Wiedervereinigung der KPD. mit der KAP. (die man aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht organisatorisch, sondern durch deren Aufnahme in die 3. Internationale herbeiführte) geschwächt und betäubt. Die Mühlarbeit gegen Paul Levi und seine engeren Gesinnungsfreunde ging weiter.

Es kam die kommunistische Märzaktion 1921. Die in dieser liegende geistige Rückwärtsentwicklung (die Tatsache, daß die KPD. vollständig von der KAP. beherrscht wird) bekundete sich nicht nur äußerlich dadurch, indem Max Hölz, der formell zur KAP. gehört, mit zu den Führern berufen ward, sondern sie besteht darin, daß die ganze Aktion im Stile Hölz geführt wurde. Diesmal unternahm es der bisherige Parteivorsitzende Paul Levi, die Hölzereien entsprechend zu würdigen. Seine Kritik führte aber nicht — wie im Vorjahre die Brandlersche — zur erneuten Unschädlichmachung des Hölz in der Partei, sondern zum Ausschluß des Kritikers

Levi aus der VKPD., die seit Ende 1920 diesen Namen führt. Daraus vermag man den geistigen Verfall der VKPD. erkennen. Noch mehr aber daraus, daß nach der Aktion Hölz von der VKPD. über die politische Haltung ihres neuen Vorsitzenden Brandler vor Gericht seinerseits Rechenschaft fordern durfte. Und Brandler hat einen gelinden Rüffel von der Partei bezogen, weil er 1921 erst im März die Hölzereien auf russischen Einfluß hin mitgemacht hatte, nachher aber vor Gericht dasselbe sagte, wie in der erwähnten, von ihm im Jahre 1920 verfaßten und von der KPD. offiziell herausgegebenen Broschüre.

Mit Hölz als militärischem Führer und als einem geistigen Oberhaupt, sind die Kommunisten politisch auf der tiefsten Stufe angelangt, auf der sie im Sommer 1919 waren. Sie sind nicht aufwärts und vorwärts gekommen, sondern im Kreise herumgegangen und auf die Stelle zurückgekehrt, auf der sie bereits einmal waren.

Nachdem Paul Levi aus der VKPD. herausgeworfen ist mit der Begründung, die Märzaktion disziplinwidrig kritisiert zu haben, müßte logischerweise auch Heinrich Brandler fliegen, da er vor Gericht die diesjährige Märzaktion seiner Partei als unsinnig preisgibt. In Wahrheit ist Paul Levi natürlich schon lange unbequem gewesen und geflogen, weil er an der Unfehlbarkeit der Moskauer Päpste zweifelt. Heinrich Brandler ist zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, also den Moskauern sowieso ungefährlich. Sie versuchen daher, mit seinem Märtyrertum Parteigeschäfte zu machen und haben ihn zum Ehrenvorsitzenden des jetzt in Moskau stattfindenden internationalen kommunistischen Kongresses ernannt. So muß wegen der gleichen Tat der eine (Levi) zur Hölle fahren, während sich dem andern (Brandler) der kommunistische Himmel auftut.

Die Gefangenenschlächter

Nichts konnte die Scheußlichkeiten des verflossenen Krieges in ein grelleres Licht setzen, als der verflossene Prozeß vor dem Reichsgericht gegen die Gefangenenschlächter im Walde von Saarburg. Und nichts gewährt einen grauenvolleren Einblick in die Psyche der wilhelminischen Zeit mit ihrem Säbelrasseln und ihren Begriffen von Moral und Menschlichkeit als das einfach unglaubliche Gutachten des militärischen Sachverständigen, Generals der Infanterie a. D. Kühl. Dieser Mann, der als eine Zierde des deutschen Militarismus gilt, brachte seine Ueberzeugung dahin zum Ausdruck, daß das einfache Gebot der Menschlichkeit, Gefangene seien nicht zu töten, lediglich eine Richtlinie sei und daß es seines Erachtens notwendig werden könne, die gemachten Gefangenen kaltschnäuzig vom Leben zum Tode zu befördern.

Das ist ein so ungeheuerlicher Standpunkt, daß die gesamte deutsche Presse, soweit sie nicht monarchistisch verseucht ist, gegen ihn protestieren müßte. Indessen diese selbstverständliche Anständigkeit fehlt, und statt dessen setzen die bürgerlichen Zeitungen den Bluttaten und Morden auf deutscher Seite Uebergriffe und Vergehen auf der anderen Seite entgegen.

Das ist gewiß, daß der Militarismus auf beiden Seiten gewirkt hat, und die Gerechtigkeit erfordert es, daß auch Blutbefleckte, Offiziere wie Mannschaften, auf der anderen Front zur Verantwortung gezogen werden müssen. Das aber verringert nicht das Uebermaß von Schuld gerade im vorliegenden Falle, und mit Beschämung steht das deutsche Volk vor der Erkenntnis, daß es während des Krieges von solchen Männern geleitet, daß seine Söhne und Väter im Felde von solchen Personen geführt wurden. Und betrübend, traurig ist es, daß die Regierung der Revolution nicht aus sich heraus gegen die Schuldigen vorgegangen ist, daß überhaupt noch nichts unternommen wurde, um unsere politische Luft zu reinigen und jenen geistigen Morast wegzuräumen, den der Krieg hinterlassen hat. Aus diesem Morast heraus konnte auch nur jene Szene erstehen, die sich nach Abschluß der Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig abspielte und über die das „Berliner Tageblatt" berichtet:

> „Als General Stenger mit seiner Familie im Auto das Reichsgericht verließ, wurde er von der angesammelten Menge, die sich aus Angehörigen aller Berufsstände zusammensetzte, mit lauten Hurrarufen empfangen. Der General richtete sich im Auto auf und winkte sichtlich erfreut mit der Hand. Als die vier französischen Kontrolleure im zweiten Auto folgten, erschollen laute Pfuirufe. Die französischen Herren nahmen die Rufe mit spöttischem, verächtlichem Lächeln auf, namentlich der Generaladvokat Matter, der sich halb im Auto aufrichtete und die Menge fixierte."

Daß die radaulustige Menge sich aus „Angehörigen aller Berufsstände" zusammensetzte, ist natürlich eine Lüge. Kein Arbeiter wird sich heute dazu hergeben, die Träger des blutbefleckten Militarismus anzusehen; sie haben zu viel im Kriege erfahren und verachten jenen Ungeist, der die Triebkraft der militärischen Verbrechen in jeder Gestalt ist. Aber was da vor dem Reichsgericht in Leipzig sich austobte, das war jener Abschaum, der sich immer breit macht, wo ein blanker Knopf sich sehen läßt; das waren die Träger der deutschen Bildung, die Studenten, die der Welt zeigen mußten, daß sie mit den Schlächtern eines Sinnes sind und ohne Scham jedes Verbrechen bejubeln, das im Namen des deutschen Militarismus verübt worden ist.

Die neuen Unterstützungssätze für Erwerbslose

Der Unterausschuß, den der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beauftragt hatte, zusammen mit der Regierung die genauen Sätze zu bestimmen, die vom 1. August ab den Erwerbslosen zu zahlen sind, hat am Mittwoch getagt und ist dabei zu Vorschlägen gekommen, die heute dem Reichstag vorliegen. Danach werden als Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 1. August 1921 ab folgende Sätze bezahlt werden:

	In den Orten der Ortsklassen A	B	C	D u. E	
1. für männliche Personen					
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	12,— (10,—)	10,75 (9,—)	9,50 (8,—)	8,25 (7,—)	Mark
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	10,— (8,—)	9,— (7,25)	8,— (6,50)	7,— (5,50)	„
c) unter 21 Jahren	7,25 (6,—)	6,50 (5,50)	5,75 (4,50)	5,— (4,—)	„
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	10,— (8,—)	9,— (7,25)	8,— (6,50)	7,— (5,75)	„
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	7,25 (6,—)	6,50 (5,25)	5,75 (4,50)	5,— (3,50)	„
c) unter 21 Jahren	4,75 (4,—)	4,25 (3,50)	3,75 (3,25)	3,25 (3,—)	„

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen folgende Sätze nicht übersteigen:

für	In den Orten der Ortsklassen A	B	C	D u. E	
a) den Ehegatten (früher und Kinder bis zu 16 Jahren	5,— (4,—)	4,50 (3,75)	4,— (3,50)	3,50 (3,25)	Mark
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige (früher sonstige usw.)	4,25 (3,—)	4,— (2,75)	3,75 (2,50)	3,50 (2,25)	„

Die Zahlen in Klammern bedeuten die früheren Sätze.

Im Durchschnitt bedeuten diese Sätze eine Erhöhung der bisher bezahlten Unterstützungen um 20 bis 25 Prozent. Wenn damit auch die Absicht der bürgerlichen Parteien, die ursprünglich an den alten Sätzen festhalten wollten, durch den Druck der Sozialisten verhindert worden ist, so bleibt doch die Erhöhung der Unterstützungssätze zurück hinter dem, was durch die gegenwärtigen Preissteigerungen und durch die weiter in Aussicht stehenden notwendig ist und noch mehr hinter dem, was an Liebesgaben den Agrariern zugeschanzt wurde. Die jetzige Erhöhung der Unterstützungssätze ist deshalb nur eine Abschlagszahlung, der in den nächsten Monaten eine weitere Erhöhung folgen muß, wenn es nicht gelingt, den Hunderttausenden von Erwerbslosen ausreichende Arbeitsmöglichkeit zu beschaffen.

Freude bei der SPD.

Die Hamburger Parteiorganisation der S. P. D. hatte Herrn Paul Müller mitgeteilt, daß wegen seiner Rede gegen die Handelsflagge das Ausschlußverfahren aus der Partei eingeleitet worden sei, und zwar weil er sich einer parteigenössischen Ehrlosigkeit schuldig gemacht habe. Müller hat auf eine Verteidigung seiner Handlungsweise verzichtet, dagegen seinen Austritt aus einer Partei erklärt, die nicht nur das freie Wort unterdrücke, sondern auch den Geist töte.

Der „Vorwärts" bemerkt dazu, daß die Genossen in weitesten Kreisen außerordentlich erfreut sein würden, „diesen Mann, dessen antirepublikanisches Treiben schon längst eine schwere Schädigung für das Ansehen der Sozialdemokratie bedeutete, nicht mehr zu den Ihren zählen zu müssen."

Wir nehmen an, daß es in der S. P. D. auch noch Leute geben wird, die über diesen Vorgang keine ungetrübte Freude empfinden werden. Die es vielmehr als eine Art Schande betrachten werden, daß Herr Müller nicht schon längst aus der Partei hinausgeflogen ist und man ihm Gelegenheit gelassen hat, selbst seinen Austritt zu erklären. Ihre Freude wird noch weiter gedämpft werden, wenn sie sich daran erinnern, daß es noch genug andere Müller in der S. P. D. gibt, deren Treiben für eine wirkliche Arbeiterpartei nicht gerade ehrenvoll ist. Sind diese Müller deswegen anders zu beurteilen, weil sie Roske, Heine, Paul Lensch oder August Müller heißen?

Riesengewinne der Viehhändler

TU. **München**, 7. Juli.

Der Wirtschaftsausschuß des Landtages beschäftigte sich neuerdings mit den Riesengewinnen der Viehhändler, die von der Regierung abermals als auf „ehrlichem Wege" gemacht erklärt wurden. **Von den Parteien wurde bedauert, daß unter gesetzlichem Schutz so große Gewinne möglich sind in einer Zeit, in der das ganze Volk in größter Bedrängnis ist.** Ein angenommener Antrag fordert schärfste Heranziehung dieser Gewinne zur Besteuerung und Nahrungsmittelverbilligung.

Die belgische Armee

Brüssel, 6. Juli.

Die Belgische Kammer hat mit der Beratung des Militärbudgets begonnen.

Der Kriegsminister verbreitete sich über die Organisierung der belgischen Armee. Belgien verlange in diesem Jahr für sein Heer einen Kredit von 1 Milliarde 146 Millionen Francs. Erst im Jahre 1923 werde die Lage wieder normal sein. Augenblicklich bestehe das belgische Heer aus 12 Infanteriedivisionen, einer Division leichter Artillerie, einer Division schwerer Artillerie, 12 Regimentern Kavallerie und 6 Regimentern Genietruppen. Im Friedenszustand werde die belgische Armee einen Bestand von 75 000 Mann haben. Im Falle der allgemeinen Mobilisierung werde eine Armee von 18 bis 20 Divisionen mit 350 000 Mann erzielt werden, dazu komme dann noch Landwehr und Reserve. In diesem Jahre werde Belgien eine Flugabteilung bilden mit 53 Flugzeugen. Außerdem sei ein Tankkorps im Entstehen begriffen.

Polen und die Kleine Entente. Der tschechische Minister Dr. Benesch wird in Kürze mit dem polnischen Außenminister in Zakopane zusammentreffen, um den Anschluß Polens an die Kleine Entente vorzubereiten.

Stillegung der mexikanischen Petroleumindustrie. Infolge der Erhöhung des Ausfuhrzolles für Petroleum durch die mexikanische Regierung haben verschiedene Gesellschaften ihre Betriebe stillgelegt. Dadurch sind über 10 000 Menschen arbeitslos geworden. Der mexikanische Präsident hat angeordnet, daß den Entlassenen von den Gesellschaften eine Schadenvergütung ausgezahlt werden soll.

Zwei Wege zum Sozialismus

Von **Paul Bommersheim**

Wenn ein Zeitalter sich seinem Ende zuneigt und ein neues am Horizont erkennbar zu werden beginnt, dann werden meist mehrere Wege sichtbar — nicht bloß einer —, deren aufleuchtende Linie in das neue Land führt. Und ein Teil der Menschen geht den einen Weg, ein anderer Teil bewegt sich auf einem zweiten, und wieder ein anderer dringt auf einem dritten vor. Es ist nun klar: vereinigen sich die Menschen, die verschiedene Wege zu demselben Ziel entschieden gehen, um gemeinsam gegen das Alte zu kämpfen, so wird sich ihre Kraft verstärken. Geht jeder Teil für sich, so wird das ihre Kraft vermindern. Die organisierte Macht des Alten kann dann viel länger und unheilvoller Widerstand leisten. Bekämpfen sie sich gar noch gegenseitig, so werden sie dazu noch gegeneinander ihre Kraft vergeuden.

Wenn sie gemeinsam vorgehen wollen, dann müssen sie sich gegenseitig kennenlernen. Sie müssen voneinander wissen, aus welchen Gründen sie kommen, wo ihre Bedeutung und ihre Schwächen sind, wo einer sich auf den andern verlassen kann und wo er ihn stützen muß.

Dies alles gilt auch vom Sozialismus. Auch zu ihm kommen Menschen auf verschiedenen Wegen. Auch hier wäre es gut, wenn alle, die ihn entschlossen wollen, gemeinsam gingen, auch wenn sie auf verschiedenen Wegen zu ihm kommen. Auch hier ist es zu diesem gemeinsamen Vorgehen notwendig, daß einer den andern kennt. Dies alles zu sagen, ist gerade heute notwendig, wo der Geist des Abspaltens und Trennens immer mehr im sozialistischen Lager Feindschaft gestiftet hat und immer mehr das Gemeinsame hat vergessen lassen, auf Grund dessen zusammengearbeitet werden kann.

Um die zwei Wege zum Sozialismus zu verstehen, von denen hier die Rede ist, müssen wir eine Unterscheidung machen. Allem was ist und geschieht gegenüber nimmt unser menschlicher Geist zwei verschiedene Verhaltungen ein. Einerseits stellt er fest, was ist und geschieht und geschah. Er stellt fest, daß manche Menschen in Armut geboren werden und groß werden, andere im Reichtum. Er stellt fest, daß manche am Sonntag hinauswandern, während andere in der Kneipe sich besaufen. Andererseits beurteilt unser Geist das, was ist und geschieht. Er beurteilt es als gerecht oder ungerecht, als schön oder häßlich, als wahr oder als falsch usw. Er beurteilt die Tatsache, daß manche Menschen reich geboren werden und andere arm, und hält sie für ein Unrecht. Er beurteilt das Wandern und das Besaufen am Sonntag und hält das erstere für schön, das zweite für gemein. Bei der Beurteilung kommen wir zu Lob oder Tadel, zu Anerkennung oder Verurteilung. Wir beurteilen auf Grund eines Maßstabes, wie es sein sollte, auf Grund eines Ideals. Wenn wir die Scheidung von Arm und Reich verwerfen, so tun wir das, weil wir das Ideal einer gerechteren, klassenlosen Gesellschaft vor uns sehen.

Aus diesen beiden Grundhaltungen unseres Geistes kommen zwei Wege zum Sozialismus. Der eine geht von der Beurteilung aus. Er sieht, daß unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ungerecht sind. Oder genauer gesagt: er stellt zunächst die Tatsache fest, die durch das Wort „Kapitalismus" bezeichnet wird. Dann beurteilt er sie als ungerecht. Aber er sieht auch das verheißungsvolle Bild einer gerechten Gesellschaft. Und diese Beurteilung und dieses Idealbild führen zum Sozialismus. Das ist der idealistische Weg. Wir müssen klar sehen, welche Bedeutung und welche Gefahren dieser Weg hat.

Seine Bedeutung. Diese Ideale sind wirkende Kräfte. Unsere eigenen Kräfte werden gesteigert, wenn wir wissen, wir kämpfen für die Gerechtigkeit und gegen die Ungerechtigkeit, für eine bessere Gesellschaftsordnung und gegen die Ausbeutung. Diese idealistischen Kräfte werden auch für uns, wenn das Recht auf unserer Seite ist.

Und noch eine zweite Bedeutung solcher Ideale: Bei fast allem, was wir beginnen, haben wir zunächst in unserm Kopf eine Vorstellung von dem, was wir beginnen wollen. Der Ingenieur, der eine neue Maschine konstruieren will, hat zunächst in seinem Geist eine Vorstellung von dieser Maschine. Wer sich einen Garten anlegen will, hat zunächst einen Plan für diese Anlage im Sinn. Wenn wir eine derartige Vorstellung nun verwirklichen wollen, so sehen wir oft, daß es so nicht geht; wir haben einen wichtigen Gesichtspunkt vergessen, wir müssen unseren ursprünglichen Plan korrigieren. Aber diese Bedeutung bleibt dem ursprünglichen Plan: ohne ihn hätte man nichts beginnen können. Er war der notwendige Anfang. So ist es auch mit den Idealen. Die Ideale stehen am Anfang. So mußte auch der Sozialismus erst in der Form des Ideals entstehen, ehe mit seiner Verwirklichung begonnen werden konnte.

Der idealistische Weg hat aber auch seine Gefahren. Auf der einen Seite besteht die Gefahr, daß man das Idealbild in die Wirklichkeit hineindeutet. Unser Wille, das Ideal zur Tatsache zu machen, verführt uns zur Täuschung, das Ideal sei ja schon verwirklicht oder zum mindesten es werde doch eben schon verwirklicht. Man nimmt gutgläubig hin, was geschieht, und die revolutionäre Kraft ermattet. Man vertraut etwa auf das Kommen des Sozialismus und vergißt die unbedingte Arbeit an seiner Herbeiführung. Auf der anderen Seite droht eine andere Gefahr: Aus unsern Idealen werden Träume, die erdfern sich luftige Reiche bauen. Das Idealbild hat den Zusammenhang mit der Wirklichkeit verloren und den Menschen blind gemacht gegen das, was ist und wird. Entweder sucht man dann die Wirklichkeit zu vergewaltigen nach seiner Vorstellung oder — man flüchtet nach einigen Verwirklichungsversuchen wieder in sein Traumreich. Dies sind die Gefahren des idealistischen Wegs, denen keineswegs jeder verfallen muß, der ihn geht, denen aber viele verfallen. Hier hat der idealistische Weg seine Ergänzung nötig, von der wir weiter unten reden müssen.

Die heute auf diesem idealistischen Weg zum Sozialismus kommen, die kommen meist aus der Anschauungswelt von Kant, Fichte und Hegel. (Die Stellung dieser drei Denker zum Sozialismus ist nun leicht zugänglich gemacht durch ein Büchlein „Kant, Fichte, Hegel und der Sozialismus". Ausgewählt und eingeleitet von Karl Vorländer. In der Sammlung „Wege zum Sozialismus". Verlag Paul Cassirer, Berlin. 6 M.) Auch Marx und Engels, die nachher den andern Weg ausbauten, gingen von hier aus. So sagte Engels selbst in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" (Vorrede zur ersten Auflage): „Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, abzustammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel."

Für eine genauere Beschäftigung mit diesen Philosophen muß auf das genannte Buch hingewiesen werden. Hier soll nur gezeigt werden, wie sich das in ihnen ausdrückt, was wir allgemein über den idealistischen Weg gesagt haben. Kant selbst war kein Sozialist. Seine einzelnen politischen Anschauungen blieben im Umkreis der bürgerlichen, französischen Revolution. Und doch führt von seinen Grundgedanken eine konsequente Linie zum Sozialismus. Er hat jenen Wertmaßstab für die Beurteilung gegeben, von dem wir eben sprachen. Damit hat er den Ausgangspunkt für den idealistischen Weg klar begrifflich ausgedrückt. Er fand das grundlegende Ideal für die menschliche Gesellschaftsbildung darin, daß ein Mensch den anderen „niemals bloß als Mittel, sondern zugleich selbst als Zweck" zu betrachten und zu behandeln habe. Das Grundgefühl ist hier die Achtung vor jedem Menschen als Menschen. Kein Mensch darf bloßes Mittel sein für andere wie „Hausvieh" und „Hausgerät". Deshalb bekämpft Kant die Leibeigenschaft. Jeder Mensch ist zugleich ein Zweck, d. h. er hat sein Recht auf Freiheit. Von hier ab ist es aber noch ein kleiner Schritt zur Einsicht, daß bei wirtschaftlicher Ungleichheit der Aermere bloß als Mittel benutzt wird, daß der Proletarier, wenn er nicht verhungern will, sich von „Ausbeuter" bloß als Mittel muß gebrauchen lassen; daß dieser Mißbrauch von Menschen als Mittel nur durch den Sozialismus überwunden werden kann.

Fichte war hier radikaler als sein Lehrer. Er zog die Konsequenzen jenes Satzes. Der Staat müsse jedem für Arbeit, Nahrung, Wohnung und freie Zeit sorgen. „Es sollen erst alle

Deutscher Reichstag

Schiffer und Kapp

Die gestrige Reichstagssitzung dauerte bis 10 Uhr nachts. Vor Schluß der Sitzung gab es noch ein kleines Justizintermezzo, das wie folgt verlief:

Abg. **Rosenfeld** (U. S. P. D.): Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß die Ausführungen Schiffers uns durchaus nicht genügten. Wir haben dem Mißtrauensvotum der Kommunisten zugestimmt. **Hat die Regierung Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter eingesetzt, warum wendet sie sie nicht auch gegen die Kappisten an?** Dann habe ich Herrn Schiffer einiges zu sagen: Vor einiger Zeit fragte Herr Düringer, warum der Minister nichts gegen die Kappisten tue. Herr Düringer erklärte auch, daß vom Reichsminister Schiffer **führenden Kappisten Amnestie versprochen sei,** und er konnte sich auf ein Protokoll berufen. In diesem Protokoll hieß es, **daß Schiffer sich dafür eingesetzt habe, daß ein Amnestiegesetz von der Nationalversammlung erlassen wird,** und zweitens, daß die Fraktionsvorstände die Annahme des Amnestiegesetzes als gesichert hielten. **Jetzt habe ich zu dieser Sache einiges Material erhalten** Ich frage, ist es wahr, was Herr Düringer behauptet? Ist das Versprechen von Ihnen, Herr Schiffer, auch abgegeben gegenüber dem Obersten Bauer? **Ist Herr Schiffer durch sein Wort gebunden, gegen die Kappisten nichts zu unternehmen?** Ich bitte um eine klare Antwort.

Reichsjustizminister **Schiffer**: Es hat in der Tat eine Unterredung stattgefunden mit dem Kapitänleutnant Ehrhardt. Es war dabei auch von Amnestie die Rede. Ehrhardt erklärte, er würde unter keinen Umständen dulden, daß ihm gegenüber Amnestie zur Anwendung käme. Anerkennung der Amnestie bedeute Anerkennung einer Schuld, und er sei sich keiner Schuld bewußt. Dabei mag die Wendung gefallen sein, daß ein Amnestiegesetz vielleicht in Aussicht sei. **Ich habe aber mit keinem Wort Amnestie versprochen.**

Abg. **Rosenfeld** (U. S. P. D.): Ich mache noch einmal darauf aufmerksam. In dem von Herrn Düringer bekanntgegebenen Protokoll heißt es: „Bezüglich der Amnestie erklärte Justizminister Schiffer, daß er sich

mit seinem Amt dafür einsetze

daß ein Amnestiegesetz von der Nationalversammlung erlassen wird. Nun aber schreibt Herr Kapitänleutnant Ehrhardt — (Gelächter auf der Rechten) gerade von Ihnen müßte er doch als einwandfrei angesehen werden — in einem Schreiben vom 13. April: **„Alle die Kreise, die mich einerseits drängten, haben uns fallen lassen. Nicht ein Mann von der Rechten ist weder in Wort oder in Schrift öffentlich oder gar im Reichstag für uns eingetreten. Ich hoffe, daß allen diesen Jämmerlingen der bürgerlichen Parteien tiefe Schamröte ins Gesicht steigt.** Ich will aber doch erwähnen, daß seinerzeit der Reichsjustizminister ausdrücklich bekundete, daß er im Auftrage spreche und daß er die Verantwortung für seine Worte übernehme **und dem Obersten Bauer gegenüber die Verpflichtung zur Amnestie übernommen hat,** um den Rücktritt Kapp-Lüttwitz zu erreichen. Bei dieser Besprechung war ich zugegen, ich habe mich für meine Person gegen die Amnestie gewehrt. „Dieses, Herr Reichsjustizminister, spricht durchaus für die Glaubwürdigkeit Ehrhardts. Denn Herr Schiffer hat ja dasselbe vorhin ebenfalls hervorgehoben. Aber Ehrhardt fährt fort: **„Da gab Herr Schiffer mir zur Antwort: Ich weiß, Herr Kapitänleutnant, daß Sie darauf keinen Wert legen.** Um weiteres Unglück zu verhüten, ist

eine Amnestie jedoch erforderlich."

Das Unglück war die Verurteilung der Kappisten. Um ein solches Unglück zu verhüten, hielt Herr Schiffer die Amnestie für erforderlich.

Reichsjustizminister **Schiffer**: Es ist falsch, daß ich dem Oberst Bauer Amnestie zugesagt habe. Im Gegenteil: ich habe ausdrücklich abgelehnt, für die Entlassung Lüttwitz irgendwelche Bedingungen anzunehmen oder Zusagen zu machen.

Ministerialdirektor Dr. **Bumke**: Beim Oberreichsanwalt schweben zunächst noch **drei Verfahren** gegen drei Kappisten, auch gegen Jagow und Freiherrn von Wangenheim und fünf andere Personen. Gegen Jagow und Wangenheim ist die Voruntersuchung geschlossen. Die beiden Fälle liegen dem Oberreichsanwalt vor und werden morgen erledigt. Andere Verfahren konnten bisher nicht abgeschlossen werden, weil Zeugen nicht aufgefunden werden konnten.

Abg. **Rosenfeld** (U. S. P.): Wenn der Minister Schiffer durch sein Versprechen gebunden wäre, könnte das Ergebnis kaum anders aussehen. Wir erfahren also jetzt, daß von all den vielen Kappisten **nur gegen 16 ein Verfahren schwebt.** Der Minister hätte während seiner Amtsführung sehr wohl energisch zugreifen können. **Sein Verhalten ist nur ein Beweis dafür, daß er diese Herren schonte und auch jetzt noch schont. Schamhaft verbirgt man ihre Namen.**

Ministerialdirektor Dr. **Bumke**: Es handelt sich dabei um eine Reihe von Personen, die in den Kapp-Putsch verwickelt sind, ohne etwas damit zu tun zu haben. Verfahren schweben gegen Kapp, Jagow, Pabst, Bauer, Schiele, Wangenheim, Lüttwitz, Bischoff und Ehrhardt. Gestern erklärte mir der Reichsanwalt, **daß gegen einen großen Teil der Verdacht sich als unbegründet erwiesen habe. Man kann sie also nicht als Kapperbrecher an den Pranger stellen.**

Nach einer weiteren unwesentlichen Debatte wird der Nachtragsetat gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr.

Die geschlossene Front der Arbeiterschaft

In einer Funktionärversammlung der **Berliner Bezirksorganisation der S. P. D.** hielt **Graßmann**, der zweite Vorsitzende des A. D. G. B., einen Vortrag über das Arbeitslosenproblem. Er berichtete insbesondere über die Maßnahmen, die zur Durchführung der zehn Punkte der Gewerkschaften getroffen worden sind. In der Diskussion verlangte **Brolat** die einheitliche Front gegen die Unternehmer. Der Redner will ohne organisatorisches Zusammengehen gemeinsame parlamentarische Aktionen mit den Unabhängigen. Nach dem Bericht des „Vorwärts" stieß „die Art, wie Brolat die Einigung propagiert", auf **lebhaften Widerspruch.** Ein anderer Redner bedauerte, daß die Gareisdemonstration nicht mit der U. S. P. zusammen stattgefunden habe. **Krüger**, der Vorsitzende der Organisation, betonte „den Ernst der Einigung auf unserer Seite". In einer **Resolution** wird die Tätigkeit der Vorstände des A. D. G. B. und des Afa-Bundes zur Linderung der Arbeitslosigkeit anerkannt und die Verhetzung eines Teils der Arbeitslosen durch die Kommunistische Partei verurteilt. Die Resolution schließt:

„In Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung, die sich wahrscheinlich durch gesetzgeberische Maßnahmen, beeinflußt von den **bürgerlichen Parteien** aller Richtungen, noch **verschlimmert** werden, beauftragt die Funktionärkonferenz den Bezirksvorstand, in jeder geeigneten Weise, wenn möglich gemeinsam mit der U. S. P. D. sowie dem A. D. G. B. und Afa-Bund für die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterschaft **parlamentarisch und außerparlamentarisch** weiter zu kämpfen und dem geschlossenen Vorgehen der bürgerlichen Parteien eine **geschlossene Front der Arbeitnehmerschaft** entgegenzusetzen. Die zerstörenden Kampfesmethoden der **Kommunisten** lehnt die Konferenz mit aller Entschiedenheit ab."

Wir werden uns in der kommenden Zeit noch ausgiebig mit der Frage der **Einigung des Proletariats** zu befassen haben. Zu der Resolution der S. P. D.-Funktionäre sei vorab bemerkt, daß die Herstellung einer gemeinsamen Front der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie erst dann möglich ist, wenn die S. P. D. ihre Verbindung mit den bürgerlichen Parteien löst und sich wieder auf den Boden des Klassenkampfes zurückfindet. Es ist unmöglich, auf einer Schulter den kapitalistischen und auf der anderen den proletarischen Mantel zu tragen. Nicht durch Parolen und schöne Worte kann die Einigung des Proletariats herbeigeführt werden, sondern nur durch die gemeinsame Aktion gegen die Bourgeoisie.

Die Untersuchung gegen Hermes

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages gegen den Reichsminister Dr. Hermes wurde am Mittwoch die Angelegenheit des Automobilkaufs behandelt, den der damalige Sektionsleiter im Reichswirtschaftsministerium, jetzige Minister Dr. Hermes, aus Mitteln des Reichs-Stickstoffausgleichsfonds seinerzeit getätigt hatte. Es handelte sich um die Frage, ob die Beweisaufnahme ergeben habe, daß Dr. Hermes vor Veranlassung des Automobilkaufes von seinem damaligen Chef, dem Ministerialdirektor Dr. Meidenbauer und von dem Verwalter des Reichs-Stickstoffausgleichsfonds Dr. Lavalle in unmißverständlicher Weise darauf hingewiesen worden sei, den Automobilkauf aus rechtlichen Gründen zu unterlassen. Der Ausschuß kam mit 4 gegen 1 Stimme bei einer Stimmenthaltung zu dem Beschluß, daß die Beweisaufnahme ergeben habe, es sei eine Warnung aus **rechtlichen** Gründen nicht erfolgt.

Der Abg. Dr. Hertz (U. S.) wurde darauf vom Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. Dr. Fischer-Cöln (Dem.) gebeten, während der parlamentarischen Ferien alle weiteren Beweisanträge in dieser Sache zu formulieren, damit der Ausschuß in seiner nach den Ferien stattfindenden Sitzung beschließen könne, inwieweit diesen Beweisanträgen stattgegeben werden soll. Abg. Dr. Hertz (U. S.) stimmte dem bei. An der Sitzung hatten von Abgeordneten außer den oben bezeichneten teilgenommen: Dr. Semmler (Dntl.), Leuthenßer (D. Vp.), Busch (Z.) als Schriftführer und Riedmüller (S.).

Wir geben den vorstehenden **offiziellen** Bericht wieder, möchten dazu aber bemerken, daß die Tatsache, daß Hermes vor der Anschaffung des Autos auf das Unzulässige seiner Handlung aufmerksam gemacht und gewarnt worden ist, feststeht. Die Mehrheit des Ausschusses legte nur Wert darauf, daß die Warnung nicht ausdrücklich auf die rechtlichen Folgen hingewiesen hatte.

Der neue Index

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats hatte eine besondere **Index-Kommission** eingesetzt, die jetzt einen Bericht herausgegeben hatte, in dem zunächst die schweren Nachteile dargelegt werden, die die **Gesamtausfuhr als Maßstab für die Besserung einer Volkswirtschaft** darstellt. Als wirklicher Besserungsschein kommen nach Auffassung der Kommission in Betracht:

1. ein **Produktionsindex**, also Angaben über die Höhen der Produktion wichtiger Massengüter, wie z. B. Kohle, Eisen, Getreide usw.;

2. ein **Verbrauchsindex**, also Ziffern über den Verbrauch von Textilrohstoffen, Kaffee, Tee, Zucker;

3. ein **Verkehrsindex** (Eisenbahn, Wasserstraßen, Post);

4. ein **Ersparnisindex** (Sparkasseneinlagen, Bankdepositen usw.);

5. ein **Steuerindex** (Einkommensteuer, Umsatzsteuer usw.);

6. **Valutaindex** (das Sinken der Mark als Zeichen einer Verschlechterung der Wirtschaft und umgekehrt).

Dazu käme dann noch die Berücksichtigung anderer wirtschaftlicher Momente, wie etwa die Feststellung des **Beschäftigungsgrades der Arbeiter** oder Zunahme oder Abnahme der **Staatsschulden** pro Kopf der Bevölkerung.

Ein wirkliches Urteil über den jeweiligen Stand der Volkswirtschaft wird jedoch nicht ein eizelner Index, sondern am ehesten eine Kombination von Indizes ergeben.

Ein Index ist ein mit Zahlen dargestellter Gradmesser für die Veränderung der Verhältnisse in dem Gebiet, auf das sich die Berechnung bezieht, so z. B. ein Gradmesser für das Auf und Ab von Preisen, die Höhe der Ein- und Ausfuhr usw. Von einem bestimmten Zustand ausgehend, der als Einheit angenommen und — in der Regel — mit 100 angesetzt wird, erfolgt die Berechnung auf- oder abwärts, so daß die Größe der jeweiligen Indexzahl nicht absolut, sondern nach ihrem Verhältnis zu Hundert zu werten ist.

Sinowjew, die fünf und der Märzputsch

Oder: Die betrogenen Betrüger

OE. **Riga**, 6. Juli.

In seinem Bericht auf dem Kongreß der 3. Internationale, der jetzt im Wortlaut vorliegt, äußerte sich **Sinowjew** folgendermaßen über die kommunistische Arbeiterbewegung in **Deutschland**: **Der Austritt der fünf** aus dem Zentralkomitee **der V. K. P. D. sei ein schwerer Fehler und eine Verletzung der Disziplin** gewesen. Während der deutschen Märzaktion seien natürlich **viele Fehler** begangen worden, aber es sei **lächerlich, von einem Putsch** zu reden bei einer Bewegung, an der **über eine halbe Million Arbeiter beteiligt** war. Auf die Dauer sei das parallele Bestehen zweier kommunistischer Parteien in Deutschland unmöglich, es gebe hier nur zwei Auswege: wenn sich **die K. A. P. D. zu einer rein kommunistischen Partei kristallisiere,** werde ihr Zusammenschluß mit der V. K. P. D. auf natürlichem Wege erfolgen. Andernfalls werde die K. A. P. D. aus der Internationale ausscheiden müssen. Ein Teil der Führer der K. A. P. D. verhalte sich zur Internationale wie **die feindliche Partei Crispiens.** Das Exekutivkomitee der 3. Internationale habe kürzlich ein Telegramm von der K. A. P. D. erhalten mit der Mitteilung, daß sie nur dann in der Kommunistischen Internationale verbleiben wolle, wenn ihr Programm „unangetastet" bleibt. **Eine Kommunistische Internationale mit „unantastbaren" Parteien sei ein Unding.** Die Entscheidungen der Kommunistischen Internationale müßten für alle angeschlossenen Parteien **Gesetz** sein. Wenn die K. A. P. D. jetzt ausscheide, so bleibe in Deutschland eine kommunistische Partei, die ihre Kraft im Feuer des Kampfes erprobt habe. Die besten Arbeiter der K. A. P. D. würden sich der Kommunistischen Internationale anschließen, nicht aber ihren bisherigen Führern.

Im Anschluß an den Kongreß der 3. Internationale fand in Moskau die Eröffnung des Ersten Internationalen Kongresses der roten Gewerkschaften statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen: Die Weltwirtschaftskrise und die Aufgaben der Gewerkschaften. Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien und zur Kommunistischen Internationale. Die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsrates. Die Betriebskontrolle durch die Arbeiter u. a. Als Referenten werden **Bucharin, Sinowjew, Rosmer, Losowski u. a.** genannt.

*

Eigentlich sind diese Leute doch zu bemitleiden, denn sie bewahren sich das Bewußtsein ihrer Bedeutung, indem sie sich **gegenseitig beschwindeln.** Sinowjew muß entweder wüst angelogen worden sein, wenn er der Ansicht ist, daß am Märzputsch eine halbe Million Arbeiter beteiligt gewesen ist, oder er glaubt es selber nicht und hält es nur für zweckmäßig, dem Kongreß und den russischen Arbeitern solche **Märchen** aufzubinden. Was wir, wie wir den Mann kennen, gleichfalls für möglich halten. Würden diese Leute sich und ihren Anhängern die Wahrheit eingestehen, dann müßten sie leicht zur Erkenntnis ihrer **völligen Belanglosigkeit** in Westeuropa gelangen. Darum ist es auch richtig, daß es in der dritten Internationale keine „unantastbaren Parteien" geben kann, denn im „Antasten" der Parteien, in der Erregung und dauernden Schürung der Uneinigkeit unter den Arbeitern besteht der **Rest des Lebenszweckes** der Kommunisten in Westeuropa. Die Tagung der **Roten Gewerkschaftsinternationale** wird sehr lustig werden. Alle Hetzhunde gegen Amsterdam werden losgelassen. Also ein aussichtsreiches Programm mit zahlreichen Attraktionen.

Der deutsche Geschäftsträger in Moskau. Nach Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages wurden zwischen Vertretern der deutschen und der russischen Regierung Besprechungen aufgenommen, um die **Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen** zu ermöglichen. Wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, sind diese Besprechungen nunmehr zum Abschluß gelangt. Der bisherige Leiter der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Professor Dr. **Wiedenfeld**, ist zum **Geschäftsträger in Moskau** ernannt worden. Die Sowjetregierung hat zu dieser Ernennung bereits ihr Agrement erteilt. Ministerialdirektor Wiedenfeld wird voraussichtlich noch vor Ende d. M. in Begleitung einiger Mitarbeiter aus dem Auswärtigen Amt nach Moskau abreisen.

Großes Schadenfeuer in Danzig. In der Nacht zum Donnerstag brach in dem Dorf **Praust** im Freistaat Danzig in einem Baugeschäft ein Großfeuer aus, das sich schnell ausdehnte. Der Schaden geht in die Millionen. Durch das Feuer sind 16 **Familien obdachlos geworden.**

---

satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verziert, erst alle bequem und warm gekleidet sein, ehe einer prächtig sich kleidet." Bei Fichte zeigt sich auch jenes Drängen der Ideale als wirksamer Kräfte nach der Tat, von dem wir eben sprechen. „**Alle Wissenschaft ist tatbegründend.**" Hier verdankt Lassalle Fichte viel. Freilich wird bei Fichte auch jene Gefahr des Idealismus sichtbar, sich wirklichkeitsferne Idealbilder zu bauen, die dann gewaltsam in der idealfernen Wirklichkeit durchgesetzt werden sollen.

Die andere Gefahr des Idealismus zeigt sich bei **Hegel**, die Gefahr, das Ideal in die Wirklichkeit hinein zu sehen. Sie führte Hegel zur Auffassung, was wirklich ist, das sei auch vernünftig. Das führte zur Anerkennung des damaligen preußischen Staates und ließ Hegel die Einsichten verlieren, die Kant und Fichte schon in der Richtung auf den Sozialismus gewonnen hatten. Die große Bedeutung, die Hegel dann für den Sozialismus gewann, liegt in einer Einsicht, die seiner eigenen Bejahung des politischen Zustandes widersprach, in der Einsicht, daß das Wirkliche Entwicklung ist.

Soweit der idealistische Weg zum Sozialismus. Er kam aus dem einen Grundverhalten unseres Geistes, dem Beurteilen. Aus dem Feststellen, was ist und wird, ergibt sich nun ein zweiter Weg, der **geschichtsphilosophische Weg.** Er bringt den gewissenhaften und ehrlichen Sinn für das Wirkliche. Wer ihn geht, der will sich nichts vormachen, sondern klar unsere geschichtliche Lage und ihre Entwicklung erkennen. So überwindet er die Gefahren des idealistischen Wegs. Wenn wir noch weit vom Sozialismus entfernt sind, so will er sich nicht einbilden, der Sozialismus sei im „Anmarsch". Er will sich auch kein sozialistisches Ideal erträumen, das die Wirklichkeit vergewaltigen würde. Er will auch hier gewissenhaft sich überzeugen, wohin die geschichtlichen, realen Kräfte drängen und treiben. Und gerade deshalb kommt er auf diesem Wege zum Sozialismus, weil er sieht: das reale Geschehen ist mit unabänderlicher Notwendigkeit dorthin gerichtet. Dieser **Wirklichkeitssinn** ist die eine Bedeutung des geschichtlichen Wegs. Ein weitere Bedeutung ist die **Kraft**, die auch er gibt. Es gibt einem Kraft, das Wissen: **Die geschichtliche Notwendigkeit ist für uns**; mögen auch tausend Rückschläge uns treffen, schließlich wird unsere Sache doch siegen, unabänderlich.

Wir müssen aber auch die **Grenze** und Ergänzungsbedürftigkeit des philosophischen Wegs klar sehen. Wenn einer auch weiß, daß die geschichtliche Notwendigkeit in einer bestimmten Richtung führt, so fragt es sich doch, wie er sich dazu stellt. Er kann sagen: „Das ist eine Entwicklung zum Schlechten. Man muß mit aller Macht kämpfen, um sie aufzuhalten." Oder: „Ich erlebe ihr Ziel ja doch nicht mehr; also: was geht sie mich an." Oder: „Ich will mich still zurückhalten, so komme ich am besten und sichersten durch. Die anderen mögen die Kastanien aus dem Feuer holen." Hier muß der geschichtsphilosophische Sozialismus durch den idealistischen unterstützt werden. Der betont die Gerechtigkeit jenes Geschichtszieles, und gibt die, welche sich von der Mitarbeit von jener Entwicklung drücken wollen, der Verachtung preis.

Marx und Engels waren es, die den geschichtsphilosophischen Weg ausgearbeitet haben; aber sie haben doch so viel **Idealistisches in ihre Lehre aufgenommen,** daß die Gefahr dieses Wegs überwunden wurden. Ich kann auch hier wieder auf die nähere, scharf denkende Darstellung in einem Bändchen der genannten Sammlung hinweisen, auf das kleine Buch von Alfred Braunthal „Marx als Geschichtsphilosoph" (4 M.). Marx und Engels wollten erkennen, was ist. Dieser Wille zum Wirklichen veranlaßte sie, nüchtern nach den tatsächlichen Triebkräften der Geschichte zu suchen, nüchtern die Lage der Gegenwart zu erfassen, nüchtern die Richtung zu suchen, in der jene geschichtlichen Triebkräfte in der Gegenwart gehen und in der Zukunft gehen werden. Sie fanden aber bei dieser Untersuchung der wirklichen ökonomischen Verhältnisse, daß diese Richtung auf den Sozialismus gehe.

Marx und Engels verstanden aber, die Gefahren des geschichtsphilosophischen Wegs zu überwinden, indem sie aus ihrer eigenen idealistischen Jugend die **idealistische Ergänzung** mitbrachten. Das zeigten schon die **ethisch-idealistischen Ausdrücke**, die Vorländer (S. 37-38) zusammenstellt, wie „Unterdrücker und Unterdrückte", „unverschämte Ausbeutung", „eiskaltes Wasser egoistischer Berechnung", „Furien des Privatinteresses" usw., alles Ausdrücke, die nicht nur eine **Feststellung**, sondern auch eine **Beurteilung** ausdrücken. Wichtiger war noch, worauf Braunthal aufmerksam macht, daß von Marx und Engels die Bedingungen gezeigt wurden, unter denen die Beurteilung überhaupt erst entstehen kann, daß gezeigt wurde, unter welchen sozialen Verhältnissen und von welcher Klasse — eben dem Proletariat — die kapitalistische Ordnung als **ungerecht** beurteilt werden mußte und der **Sozialismus als gerechtes Ziel.**

Heute ist diese **Vereinigung beider Wege** nötiger denn je. Das Schicksal hat uns gelehrt, daß die Aktion noch so entschlossener, geringer Minderheiten nicht zum Ziele führen kann. Es gilt, nicht alle abzustoßen, die irgendwo anders denken, als wir, sondern alle, die entschieden den Sozialismus **wollen**, zu **sammeln**, auch wenn sie auf verschiedenen Wegen sich von ihm überzeugt haben. Marx und Engels haben hier die Möglichkeit gezeigt und so auch in der Praxis gehandelt.

Tages-Notizen

Die Volksbühne (Theater am Bülowplatz) wird im September als erste Neuheit der Winterspielzeit **Ernst Tollers** soziale Bühnendichtung **„Masse Mensch"** zur Aufführung bringen.

Groß-Berlin

Gemeingefährliche Krankheiten in Berlin

Aus der soeben erschienenen Statistik der preußischen Medizinalverwaltung für Mai erfährt man, daß in diesem Monat in Groß-Berlin eine Reihe von gemeingefährlichen übertragbaren Erkrankungen und Todesfällen zu verzeichnen war. So wurde in der zweiten Hälfte des Mai in ganz Deutschland ein einziger Fall von Fleckfieber festgestellt und zwar in Berlin-Friedenau. Die Genickstarre hat in Groß-Berlin mehrere Opfer gefordert. In der ersten Maiwoche wurden zwei Erkrankungen gemeldet, in der zweiten Maiwoche 5 Erkrankungen und 2 Todesfälle, in der dritten Maiwoche stieg die Zahl auf 5 Erkrankungen und 4 Todesfälle.

Leichter sind die Ruhrfälle verlaufen. In der ersten Maiwoche wurden 3 Erkrankungen und 1 Todesfall, in der zweiten Maiwoche 4 Erkrankungen und in der dritten Maiwoche 1 Erkrankung gemeldet. Außerdem wurden in der Woche vom 15. bis zum 21. Mai in Groß-Berlin 2 Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Hunde festgestellt.

Die Feriensitzung der Stadtverordneten findet nicht am heutigen Donnerstag, sondern erst am Donnerstag nächster Woche statt. Neben der vom Magistrat angekündigten Aenderung der Wertzuwachssteuer werden der Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich auch die Vorlage über die Aufbesserung der städtischen Altpensionäre und die dazu erforderlichen Deckungsmittel und sonstige dringliche Vorlagen des Magistrats unterbreitet werden.

Pressekommission. Nächste Sitzung Sonnabend 5 Uhr.

Der deutsche Postscheckverkehr hat 1920 einen gewaltigen Aufschwung genommen und die Reichspostverwaltung vor Aufgaben gestellt, die eine Reihe durchgreifender Neuerungen und eine Umstellung der Betriebseinrichtungen erforderlich machten. Da durch den Uebergang der Postverwaltungen in Bayern und Württemberg auf das Deutsche Reich am 1. April 1920 ein einheitliches deutsches Postscheckwesen gebildet worden ist, erscheinen in dem Geschäftsbericht für 1920 zum erstenmal die Ergebnisse für das ganze Deutsche Reich. Die Zahl der Postscheckkunden ist von 437 667 Ende 1919 um 184 676 oder 42 v. H. auf 622 343 Ende 1920 gestiegen. Der Gesamtumsatz betrug bei 335 Millionen Buchungen rund 684 Milliarden Mark, das sind gegen das Vorjahr 446 Milliarden Mark oder 188 v. H. mehr. Bargeldlos wurden 556 Milliarden Mark oder 81 v. H. des Gesamtumsatzes beglichen. Das Guthaben hat von 3,4 Milliarden Mark Ende 1919 auf 7,6 Milliarden, also um 4,2 Milliarden Mark zugenommen. Die Gesamteinnahme aus dem Postscheckverkehr betrug 232 Millionen Mark. — In diesen gewaltigen Verkehrsziffern spiegelt sich die deutsche Geldwirtschaft wider. Wenngleich die hohen Umsätze zum Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen sind, konnten die günstigen Ergebnisse doch nur dadurch erzielt werden, daß die Erkenntnis von den Vorzügen und Vorteilen des Postscheckverkehrs allgemein Eingang gefunden, und, wie der Zugang von rund 185 000 Postscheckkunden, die Umsätze des bargeldlosen Zahlungsausgleichs und die 335 Millionen Buchungen dartun, zu einer ausgiebigen Benutzung der Postscheckeinrichtungen angeregt hat.

Ein bildnerischer Schmuck an der Kaiser-Allee. Am Hindenburgplatz, an der Kaiser-Allee in Berlin-Wilmersdorf, ist jetzt der bronzene Speerwerfer von Karl Möbius, dem Berliner Bildhauer, aufgestellt worden. Das überlebensgroße Werk wurde 1913 auf der Kunstausstellung im Berliner Glaspalast bekannt und erhielt 1914 die Staatsmedaille auf der baltischen Ausstellung in Malmö. Ein anderes Monumentalwerk, an dem Möbius gleichzeitig arbeitete, das Denkmal für Karl Peters für Dar-es-salam, war kurz vor Kriegsausbruch an seinem Bestimmungsort eingetroffen und soll bei der Beschießung der ungeschützten Stadt, in dem Schuppen, in dem es unausgepackt stand, beschädigt worden sein. Genaueres über das Schicksal dieses deutschen Denkmals ist bis heute noch nicht bekannt geworden.

Gewerkschaftliches

Raubzug auf die Taschen der Angestellten

Eine vom Afa-Bund einberufene öffentliche Versammlung, die Mittwoch im „Deutschen Hof" stattfand, beschäftigte sich mit obigem Thema. **Paul Lange** wies in einem, mit großem Beifall aufgenommenen Referat auf die neuerlich geplante Verschlechterung und Mehrbelastung der Angestellten hin. Schon bei der Schaffung des Gesetzes im Jahre 1911 haben sich die in der „Afa" organisierten Angestellten gegen das Versicherungsgesetz gewandt, das nur die Scheidung zwischen Arbeiter und Angestellten fördern sollte. Dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband als Hauptbefürworter kam es darauf an, eine Standesversicherung zu schaffen, trotzdem, wie der Referent an der Hand der Versicherungsbeiträge und -leistungen zeigte, die Leistungen der Angestelltenversicherung wesentlich niedriger und die Beiträge höher sind. Die Leistungen sind aber nicht erhöht worden, und so beträgt die Leibrente für ausgeschiedene weibliche Angestellte heute noch 2 (zwei) Mark pro Jahr! Eine Witwe erhält 3,55 M. Rente monatlich. Die gepriesene Selbstverwaltung hat durchaus keine Erfolge gezeitigt. Von Jahr zu Jahr ist die Versendung der Auszüge über die Konten der Angestellten verzögert worden, und noch heute konnte die Reichsversicherungsanstalt noch nicht die Zahl ihrer Mitglieder und die Höhe der gezahlten Beiträge angeben. Jetzt beabsichtigt man endlich die Einführung des Markensystems wie bei der Invalidenversicherung, das bei der Einführung der Versicherung nicht standesgemäß erschien. Die Verwaltungskosten, die mit 2 Prozent der Einnahme veranschlagt waren, betragen aber 13 Prozent, das heißt 56 Millionen M. pro Jahr. — Die große Zahl der höheren Beamten verursacht riesige Ausgaben an Gehalt. Die Arbeit ist ungemein bureaukratisch. Referent schilderte einige Beispiele, wo seit fünf und in einem Falle sogar seit sieben Jahren Verhandlungen und Prozesse schweben, ob Personen der Angestellten- oder der Arbeiterversicherung zuzuweisen sind! Wegen eines Betrages von 55 Pf. hat man gegen einen Angestellten, der eine Hypothek von der Versicherung aufgenommen hatte, Zwangsversteigerung beantragt und einen Prozeß geführt, der der R. f. A. 2000 M. kostete! Die Direktoren verlangten ein Ruhegehalt von drei Vierteln des Diensteinkommens. Aber trotz Erhöhung der Beiträge beträgt die Rente nach der vorliegenden Novelle noch weniger als die der Arbeiterversicherung; in der höchsten Klasse nur 1680 M. für Invaliden, 912 M. für Witwen pro Jahr. Die Afa hat gegen die Sonderversicherung Stellung genommen, und es ist notwendig, daß eine Versicherung für alle, Arbeiter und Angestellte, geschaffen wird.

Gen. **Aufhäuser** weist nach, daß der Kampf für die Sonderversicherung der Angestellten von seiten der bürgerlichen Parteien nur ein Teil des gesamten politischen Kampfes ist. Es wird so versucht, die Solidarität zwischen der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu vernichten und die alten Schranken wieder aufzurichten. Während man noch vor kurzer Zeit über große Rücklagen der Angestelltenversicherung schrieb, sollen plötzlich die Beiträge erhöht werden. Die Verwaltung erfordert ungeheure Kosten, während man die Heilbehandlung einstellen will, da die dafür ausgesetzten Gelder angeblich verbraucht sind. Der Redner ging ausführlich auf die Verhandlungen im Reichstag ein. Man wollte in letzter Minute vor den Ferien noch das Gesetz verabschieden und hat mit allen Mitteln versucht, die Abgeordneten für die Annahme zu gewinnen. Nur der rastlosen Arbeit der Vertreter der freien Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß dies Gesetz vertagt wurde, und zwar gegen den Widerstand der Herren Thiel und Lambach.

In der Agitation, die unter den Angestellten einsetzen muß' ist es notwendig, allen klarzumachen, daß die Angestellten keine Sonderinteressen zu vertreten haben. Es darf den bürgerlichen Parteien nicht gelingen, Angestellte gegen Arbeiter auszuspielen. **Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Unternehmertum! Kampf gegen jeden Standesdünkel!** soll die Losung sein. (Starker Beifall.)

Giebel unterzog nochmals die Vorgänge im Reichstag einer scharfen Kritik. Es sind wohl einige praktische Schwierigkeiten zu überwinden bei der Einfügung der Angestellten- in die Invalidenversicherung, doch ist deren Ueberwindung durchaus leicht und müssen alle unbedingt für eine Versicherung eintreten.

Gegen wenige Stimmen fand eine Resolution Annahme, die sich gegen die neue Belastung der Angestellten durch höhere Beiträge und die Sonderversicherung mit dem kostspieligen Verwaltungsapparat wendet. Sie fordert:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, spätestens bis Ende dieses Jahres dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der unter Wahrung der von den Angestellten erworbenen Rechte die Verschmelzung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung bringt, mit dem Prinzip des Prämiendurchschnittverfahrens bricht und dem Versicherten eine maßgebende Mitwirkung sichert."

Ferner wurden **Neuwahlen zu den Körperschaften der Angestelltenversicherung gefordert.**

Buchdruckergehilfen, merkt's euch!

Wir sind in der Lage, über die Vorgänge bei der letzten Versammlung der Buchdruckereibesitzer folgendes berichten zu können:

Die tariftreuen Buchdruckereibesitzer des Kreises VIII haben am Dienstag in einer Versammlung, die in den Kammersälen, Teltower Straße, stattfand, den anläßlich der letzten Tarifausschußverhandlungen ergangenen Schiedsspruch abgelehnt. Nur einige zwanzig der anwesenden Prinzipale stimmten für Annahme. Der Verlauf der Besprechung zeigte, wie weltfremd die Arbeitgeber dieses Gewerbes den gegenwärtigen Verhältnissen gegenüberstehen. **Asheim** als Hauptredner, der sich mehrfach zum Wort meldete, verlangte kategorisch die Ablehnung, und auch aus allen übrigen Reden klang als bedeutsamstes Moment für diese Haltung hervor, daß laut Statistik die Lebenslage sich seit einiger Zeit gebessert habe (!). Die Indexziffer sei von 955 auf 880 zurückgegangen, und darum sei die Forderung der Gehilfen unberechtigt. Es sei eine Schraube ohne Ende, und man komme um den Streik nicht herum. **Der solle lieber jetzt losgehen,** ums Ganze, als später, wo er das Weihnachtsgeschäft verderbe.

Krasser konnten nicht die Ziele und Absichten dieser Unternehmer gekennzeichnet werden, als durch derartige Erklärungen. Man vermied zwar ängstlich den Ausdruck „Abbau", indessen läuft diese ganze Aktion darauf hinaus. Ausgerechnet bei den Buchdruckern, die ohnehin als die schlechtestbezahlten Arbeiter nicht wissen, wie sie bei den Jammerlöhnen in den bürgerlichen Betrieben von heute auf morgen auskommen sollen. Daß die Indexziffer gesunken ist, mag nach den Berechnungen trockener Mathematiker stimmen; im praktischen Leben merkt man aber nichts von einem Billigerwerden. Im Gegenteil, man könnte gerade aus den letzten Wochen Dutzende von Lebensmittelarten aufzählen, die wesentlich teurer geworden sind.

Und wenn dem schon wäre: was hat das mit den traurigen Löhnen der Buchdruckergehilfen zu tun, die ja von jeher viel zu niedrig bezahlt wurden, nach der jetzigen und nach jeder früheren Indexziffer! Welcher Gehilfe ist in der Lage, seine Kleidung, geschweige denn die für seine Familie zu erneuern? Die Leute sind abgelumpt bis aufs Hemd und haben eine Berechtigung, zu verlangen, daß ihre Einkommensverhältnisse besser werden.

In Wirklichkeit sind durch den Schiedsspruch den Gehilfen Groschen zugebilligt worden, weit unter dem, was sie tatsächlich bitter nötig haben. Brutal fordern die Unternehmer die öffentliche Meinung heraus, die nicht begreifen wird, nicht begreifen muß, wie selbst dieses Trinkgeld in den Zeiten allgemeiner Teuerung den edlen Herren vom Druckereibesitz zu viel ist.

Jedes Gefühl der Scham ist aber diesen Leuten bar, nur einheimsen und nichts bezahlen. Die Treiber in dieser ganzen Aktion sind die Großen, die, wie auch offen ausgesprochen wurde, damit rechnen, daß den Streikenden sehr bald die Mittel ausgehen werden, so daß sie schnell wieder zu Kreuze kriechen müssen.

Es wurde auch bewegliche Klage darüber geführt, daß es in Berlin zurzeit keine — arbeitslosen Gehilfen gibt!! Die Herren sähen es lieber, wenn Hunderte auf der Straße lägen, damit sie auch die Waffe gegen die Fordernden gebrauchen könnten. Es wurde offen zur Züchtung von Maschinensetzern aufgefordert, damit diese Kategorie der Gehilfen, die dank einer günstigen Lage lohnlich etwas besser stehen, hinsichtlich einer beabsichtigten Lohndrückung besser zu fassen sei. Buchdruckergehilfen, merkt ihrs?

Uebrigens waren sich die Sprecher ihrer **Schäbigkeit** voll bewußt, denn als ein Luftzug den Vorhang der Saalbühne etwas bewegte, vermutete man einen Lauscher aus dem anderen Lager dahinter. Man schaute nach und sah nichts, war beruhigt und wird nunmehr recht erstaunt sein, daß die Oeffentlichkeit jetzt doch Kenntnis erhält von der **arbeiterfeindlichen und rückständigen Gesinnung der Versammlungsteilnehmer.**

Zum Streik der Straßenbahner in Potsdam. Die letzte Streikversammlung, die am 6. 7. tagte, bei der das Fahr- und Werkstattpersonal der städtischen Straßenbahn anwesend war, beschloß, im Einvernehmen mit dem Ortskartell und des Vollzugsrates der Betriebsräte, am Freitag, den 8. Juli, um 8 Uhr abends, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, in der dann endgültig Stellung zum Straßenbahnerstreik genommen werden soll. Die Vertreter aller politischen Parteien sind zu der Sitzung freundlichst eingeladen. Ueber das Ergebnis werden wir berichten.

Verbindlich erklärter Angestelltentarif in der Pelzwarenbranche. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 24. Juni 1921 ist der zwischen dem Arbeitgeberverband der Pelzwarenbranche Groß-Berlin und dem Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, am 7. Mai 1921 abgeschlossene Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Pelzwarenbranche für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin mit Wirkung ab 1. März 1921 für allgemein verbindlich erklärt worden. Gedruckte Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 7-10, erhältlich.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 7. Juli

7. Distrikt, 2. Verwaltungsbezirk, Wedding. Die Sitzung der kommunalen Kommission findet nicht, wie irrtümlich gemeldet, bei Carus, Voltastraße, sondern bei Krause, Usedomstr. 18, statt.

Freitag, 8. Juli

13. Verwaltungsbezirk (Weißensee, Hohenschönhausen). Abends 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Interessenten des Jugendamtes. Tagesordnung: Aufbau und Aufgaben des Jugendamtes. Referent: Stadtrat Fischer.

14. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Zietemann, Schönhauser Allee 163.

Sonnabend, 9. Juli

19. Verwaltungsbezirk. Kommunale Kommission. Abends 6½ Uhr im Sitzungssaal, Rathaus Pankow. Das Erscheinen der Betriebsräte und Mandatsinhaber erforderlich.

Vereinskalender

Donnerstag, 7. Juli

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung. Norden 4: Rest. Hubertus, Bernhalmer Str. 89, abends 7 Uhr; Nordwest 1: Rest. Matzke, Turmstr. 76, abends 7½ Uhr; Charlottenburg 1: Rest. Caldet, Kais.-Aug.-Allee 63, abends 7½ Uhr; Charlottenburg 3: Deutsches Haus, Windscheidstr. 30, abends 7½ Uhr; Steglitz: Rest. Althoff, Althoff-, Ecke Körnerstr., abends 7½ Uhr; Wilmersdorf: Augustahof, Augustastr. 1, abends 7½ Uhr.

Freitag, 8. Juli

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung. Norden 3: Rest. Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestr., 7½ Uhr; Potsdam: Rest. Mühlenpark, Neuhabelsberger Str., abends 7½ Uhr; Reinickendorf: Rest. Schulz, Wittenau, am Bahnhof, abends 7½ Uhr; Siemensstadt: Schloßklause, Nonnendamm-Allee, abends 7½ Uhr; Tegel: Rest. Hohenzollern, Straßenbahn-Endhaltestelle, abends 7½ Uhr. — Metallindustrie. Abends 7½ Uhr Funktionärversammlung, Logenhaus, Linienstr. 121, im großen Saal.

Zentralverband der Angestellten. Metall. Mitgliederversammlung in Haberlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. — Textilindustrie. Oeffentl. Versammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Sonnabend, 9. Juli

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 1, Handelsgewerbe. Nachmittags 2 Uhr findet im Schweizergarten, Am Friedrichshain, ein großes Kinder-Freudenfest statt. Billetts sind im Bureau, Engelufer 14-15, Zimmer 33, zu haben, ebenso bei den Funktionären.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Gruppe Gemeindegärtnerei. Abends 7 Uhr in Schulz Festsälen, Berlin, Am Königsgraben 2, Branchenversammlung für Groß-Berlin. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: i. V. Gustav Ratusch, Berlin NW. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme, Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark. Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893. Luisenstr. 20-21. Gegr. 1893.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung Ehe-, Alimente-, Strafsachen. Gnadengesuche Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach Alexanderstr. 45 Gesellsch. (geg. Tietz) 8-7. Glänz. Erfolge. Beobacht. Mitm. nahm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauenssach.

Grundstück mit Garten und Stallung in östlichem Vorort zu pachten gesucht. Angebote an E. Nauendorf, Lichtenberg, Gärtnerstr. 2.

NOTGELDSCHEINE Preisliste kostenlos. Bank, Münzenhandlung, Berlin W 66, Wilhelmstr. 66.

Schokoladen
Bonbons, Fruchtstangen usw. kaufen Sie immer am billigsten bei
Schneider
Rodenbergstraße 27.

Die **Kreutzer-Sonate**
von Leo Tolstoi
164 Seiten Mk. 1.50
Buchhandlung Freiheit
Breite Straße 8-9

Soeben erschienen!
Handbuch für Betriebsräte
Dritte Auflage
Preis 15.— Mark // Gebunden 20.— Mark
Betriebsräte, Organisationen bedeutende Preisermäßigung
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C2 ///// BREITE STRASSE 8–9

Annahme in allen Expeditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Schreibmaschinen, Sichtschrift, sämtliche Systeme, neu und gebraucht, kaufen Sie vorteilhaft bei Hans Bähr, Spittelmarkt 7, Zentrum 3225.

Reparaturen an Schreibmaschinen, Ladenkassen und Rechenmaschinen schnellstens und preiswert bei Hans Bähr, Spittelmarkt 7, Zentrum 3225.

Pelzwaren - Sommerpreise Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 65.— an, Silberfüchse, Alaskafüchse, außergewöhnlich billiger Gelegenheitskauf. Riesenauswahl in allen Pelzarten, keine Lombardwaren. Leihhaus Köpenicker Straße 124.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware.

Bettwäsche. Ausnahmewoche, besonders billig. Deckbettbezüge 37.—, Kissenbezüge 11.—, Bettlaken 20.—, Inlette 88.—, Wäschestoffe, Handtücher, Engrospreise. Reelle fachmännische Bedienung. Fahrtvergütung. Altbekanntes Spezialgeschäft. Wäschefabrik Grüfestraße 39 (Hasenheide).

Möbel

Chaiselongues 200.—, bis 575.-, Auflegematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Tagwise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 100.— Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettheit. Meicke, Auguststr. 32a. Ostgb.

Klavier, nußbaum, gut erhalten, verkauft Langer, Rathenower Str. 68. Händler verbeten

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Firnis, Bleiweiß, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Mauserpistolen 7,63 kauft Franke, Brunnenstr. 83.

Fahrräder

Neckarsulmräder, Adlerfahrräder, Wanderervräder, Stöwergreifrad, Opelfahrräder, Wehrräder, Simsonräder 200.—, gefahrene Spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Radreparaturen, Zweiräder, Dreiräder allerbilligst. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer usw. kauft laufend. Stralauerberger Str. 44.

Geld-Verkehr

Reell. Abzahldarlehne schnellstens durch Langer, Rathenower Straße 68.

Pfandscheine! Wertgegenstände kauft (Rückkaufrecht) höchstzahlend Lippmann, Rathausstraße 16.

Tiermarkt

Hundefutterverkauf. Scheren, Kupieren. Palisadenstr. 23.

Inserate
für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 9½ Uhr vormittags für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.